

AStA Uni Kassel :: Nora-Platiel-Straße 2 :: 34127 Kassel

An
die Vertreterinnen und Vertreter
der Presse

Kassel, 2. Mai 2007

**Pressemitteilung: AStA bereitet Boykott von Studiengebühren vor -
Vollversammlung und Demo am 9. Mai**

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

aus aktuellem Anlass folgende Pressemitteilung mit Bitte um
Bekanntgabe.

Im Anhang der Mail befinden sich noch Plakate und Flyer. Bei Rückfragen
stehe ich Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

Sie erreichen mich tagsüber zwischen 8:00 Uhr und 20:00 Uhr unter 0176 /
203 76 933

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Böttger
AStA Uni Kassel
1. Vorsitz und Öffentlichkeit

:: 1. Vorsitz und
Öffentlichkeit
Sebastian Böttger

:: Anschrift:
Nora-Platiel-Straße 2
34127 Kassel

:: Fon:
0561 / 804-35 15
0176 / 203 76 933

:: Fax:
0561 / 804-28 85

:: Mail:
vorsitz@
asta-kassel.de

:: Web:
www.asta-kassel.de
www.protest-kassel.de
www.k-19.de

:: Meine Sprechzeiten:
Di 11.00-14.00
Do 13.00-15.00
sonst nach Absprache

:: Öffentliche Sitzung:
Mo 14.00 Uhr

:: Bankverbindung:
Kasseler Sparkasse
Kto.-Nr. 6029904
BLZ 520 503 53

AStA bereitet Boykott von Studiengebühren vor. Vollversammlung und Demo am 9. Mai

Der Allgemeine Studierendenausschuss der Universität Kassel hat sich nach langen internen Beratungen und Absprachen mit Studierendenvertretungen auf Landes- und Bundesebene dazu entschlossen einen Boykott zu organisieren. Bei einer Vollversammlung am 9. Mai um 14:30 Uhr [Hörsaal 1 am Holländischen Platz] soll der Boykott und das zu erreichende Quorum von der Studentenschaft der Uni Kassel beschlossen werden. Im Anschluss findet eine Demo durch die Kasseler Innenstadt statt [Start 16:00 Uhr am Hörsaal 1] um der Landesregierung einmal mehr klar zu machen, dass Kassels Studierende weiterkämpfen und sozial selektierende Bildungspolitik nicht hinnehmen.

Ziel des Boykotts ist es, dass eine dem Quorum entsprechende Anzahl von Kasseler Studierenden die 500 Euro fristgerecht auf ein vom AStA verwaltetes Treuhandkonto überweist, statt an die Uni.

„Ist die Beteiligung am Boykott bis zum Stichtag ausreichend, wird mit der Uni und dem Ministerium verhandelt“, sagt Lars Gumprecht Referent für Hochschulpolitik. „Sollte die Beteiligung bis zum Stichtag nicht erreicht werden, wird das Geld der bis dahin teilgenommen Studierenden fristgerecht an die Uni weitergeführt und alle Teilnehmer sind regulär aber leider mit Studiengebühren rückgemeldet“, so Gumprecht weiter.

„Die regierende CDU hat in Windeseile das Gebührengesetz mit ihrer Mehrheit im Landtag beschlossen um den Hochschulen und Studierenden angeblich Rechtssicherheit zu geben. Nun wäre die Landesregierung gut beraten, das Gebührengesetz auszusetzen, bis der Staatsgerichtshof entschieden hat, ob das Gesetz überhaupt verfassungskonform ist. Nur so kann man den Hochschulen gegenüber dem Versprechen nach Rechts- und Planungssicherheit gerecht werden“, rät Sebastian Böttger, Vorsitzender der Studierendenvertretung.

„In Hessen haben uns bereits über 34.000 Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Unterschrift und einem amtlichen Stempel beauftragt, das Gesetz vor dem Staatsgerichtshof überprüfen zu lassen. Sobald wir die nötigen 43.308 Unterschriften zusammen haben, werden wir gegen das Gesetz klagen. Da das Ministerium aber keine Anstalten macht, erst die rechtliche Überprüfung des Gesetzes abzuwarten, werden wir boykottieren, statt blind zu zahlen“, sagt Böttger.

„Es gibt jeder Zeit die Möglichkeit ‚auszusteigen‘ und uns zu beauftragen, die Gebühren an die Uni weiterzugeben. Das Konto wird von einem Anwalt verwaltet, der darauf achtet, dass alles korrekt gemacht wird“, führt Gumprecht aus.

„Außerdem gibt es eine Reihe von Fristen; eine sofortige Exmatrikulation verbietet die rechtliche Grundlage. Selbst bei einer zugestellten Exmatrikulation besteht der Rechtsanspruch innerhalb von vier Wochen Widerspruch gegen den Bescheid einzulegen und nach der Begleichung der ausstehenden Gebühren wieder immatrikuliert zu werden. Der Boykott ist die Chance, den Studierenden die Entscheidung für oder gegen Studiengebühren selbst zu überlassen“, sagt Lars Gumprecht abschließend.